



Burkina Faso

Länderinformation

Politische Situation

Burkina Faso ist eine Präsidentialrepublik nach französischem Vorbild. Die Absetzung des Langzeitpräsidenten Blaise Compaoré durch einen Volksaufstand Ende Oktober 2014 bedeutete das Ende seiner 27-jährigen Herrschaft. Die nach breiten Konsultationen eingesetzte Übergangsregierung sollte die Grundlagen für eine Demokratisierung und für Neuwahlen schaffen. Die Wahlen fanden schließlich am 29. November 2015 erfolgreich statt.

Burkina Faso bewältigte den Regimewechsel mit wenig Gewaltanwendung. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass in Wirtschaft und Politik „benachbarte“ Eliten tätig sind, was von der Bevölkerung immer mehr kritisiert wird. Das führt zusammen mit der seit 2015 wieder erstarkten Meinungs- und Pressefreiheit und der langsam voranschreitenden Demokratisierung zunehmend zu sozialer Mobilisierung und Streiks. Letztere hauptsächlich im öffentlichen Sektor und weitgehend begrenzt auf die Hauptstadt Ouagadougou.

Ein Großteil der Staatseinnahmen fließt in direkte und indirekte Personalkosten der Beamtinnen und Beamten. Dies stellt für die Entwicklung des Landes ein nicht zu unterschätzendes Problem dar, sowohl auf sozio-ökonomischer Ebene als auch im Bereich guter Regierungsführung. Trotz des weitreichend friedlichen demokratischen Umbaus des Landes werden die Herausforderungen in jüngster Zeit größer und der institutionelle Reformwille kleiner.

Die Sicherheitslage befindet sich seit dem ersten großen islamistischen Terroranschlag Anfang 2016 in der Hauptstadt Ouagadougou in einer Abwärtsspirale. Mittlerweile sind weite Teile Burkina Fasos, vor allem im Norden und Osten, zur Konfliktzone geworden und kaum oder gar nicht zugänglich. Die betroffenen Gebiete weiten sich aus. Die Bevölkerung findet sich oft zwischen Islamisten und Streitkräften wieder, es gibt regelmäßige Vorwürfe von Verletzungen der Menschenrechte. In dieser Spannungssituation flammen ethnische Konflikte auf. Auch die generelle Kriminalität nimmt zu.

Ein Anschlag im März 2018 auf die französische Botschaft und das Hauptquartier des Generalstabs der Armee mit großer Symbolwirkung traf den Staat schwer. Burkina Faso findet sich mehr und mehr im Zentrum einer Krise, die ursprünglich vom benachbarten Mali ausging und schrittweise die Region erfasst. Sie ist im Begriff, auf Grenzgebiete der südlichen Nachbarn überzugreifen. Vor allem eine stärkere Präsenz des Staates in den betroffenen oder gefährdeten Gebieten ist notwendig. Subsidiarität und Dezentralisierung wären hierfür wichtig.

Burkina Faso ist traditionell ein Auswanderungsland – dies betrifft größtenteils Nachbarstaaten, insbesondere die Côte d'Ivoire (dies hat seine Ursache vor allem im Arbeitskräftebedarf während der Kolonialzeit). Nach Europa migrieren Burkinabe kaum.

Dezentralisierung

Seit den 1990er Jahren wurde eine administrative Dezentralisierung durch die Förderung von Kleinstädten (Sekundärzentren) vorangetrieben. Doch erst die politische Dezentralisierung mit erstmalig abgehaltenen Gemeinderatswahlen und der Einrichtung von indirekt gewählten Regionalräten im Jahr 2005 brachte eine neue und auch sichtbarere Dynamik der Dezentralisierung. Die Regionen und Gemeinden erhalten nach diesen neuen politischen Regeln progressiv umfassendere Befugnisse. Bisher trifft die Zentralregierung in Ouagadougou jedoch nach wie vor viele relevante Entscheidungen. Obwohl da und dort sichtbare Veränderungen entstanden, mangelt es den dezentralisierten Strukturen immer noch an finanziellen und personellen Ressourcen. Die Loslösung vom von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich installierten System zentralisierter Verwaltung erfolgt nur langsam und mittlerweile unter Druck. Für die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen (und staatlichen) Kohäsion in der derzeitigen Krise im Sahelraum ist das zentralistische System nicht geeignet.

Menschenrechtssituation

Burkina Faso beteiligt sich an allen relevanten internationalen und regionalen Abkommen und verfügt damit über einen Rechtsrahmen zum Schutz der Menschenrechte. Dieser spiegelt sich in der nationalen Gesetzgebung wider. In den letzten Jahren setzte die Regierung einige Strukturmaßnahmen

men zur Stärkung der Menschenrechte. Sie erweiterte den Titel des Justizministeriums um die Menschenrechte, richtete einen Fonds für die Opfer politischer Gewalt ein und führte Reformen im Justizapparat durch. Die Todesstrafe wurde abgeschafft.

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind weitgehend frei und beobachten die Einhaltung der Menschenrechte. Die Pressefreiheit gilt als beispielhaft in der Region. Ein eklatanter Mangel an Frauenrechten und ein hohes Maß an Kinderarbeit (36 Prozent) zählen jedoch zu den größten menschenrechtlichen Problemen des Landes. Auch das Recht auf Bildung wurde über Jahrzehnte vernachlässigt: Zwei Drittel der Bevölkerung über 15 Jahren können weder lesen noch schreiben.

Und auch die Reformen des Rechtssystems sind erst am Anfang. Das zeigen die Prozesse gegen die Putschisten von 2015, zahlreiche andere Prozesse im Zusammenhang mit dem alten Regime und der Übergangszeit sowie Berichte über Menschenrechtsverstöße der Streitkräfte im Kampf gegen Islamisten. Generell sind das Rechtssystem sowie die gesamte öffentliche Verwaltung sehr korruptionsanfällig. Ein Mitte 2019 beschlossenes neues Strafrecht birgt große Gefahr von Zensur und Einschränkung der Meinungsfreiheit. Es umfasst auch die Berichterstattung bzw. Kommentare über die Aktionen der Sicherheitskräfte. Die verschärfte Sicherheitslage führte 2019 zu einem sprunghaften Anstieg der Binnenvertriebenen (von 47.000 Ende 2018 auf ca. 220.000 Mitte 2019).

Umweltpolitik

Burkina Faso verfügt über eine gute Umweltgesetzgebung und umweltpolitische Grundlagen (Nationaler Umweltplan, Aktionspläne zu den großen Umweltkonventionen). Auch die nationale Entwicklungsstrategie berücksichtigt das Thema Umweltschutz. Aufgrund der geringen Kapazitäten setzt die Regierung die entsprechenden Gesetze jedoch nicht konsequent um. Sie setzt schwerpunktmäßig und mit kleinen Erfolgen auf folgende Maßnahmen: Schutz der Waldressourcen, Aufforstung, Bekämpfung von Brandrodung und Buschbränden, Schutz der Wasserbestände und Eindämmung der Bodenerosion.

Niederschläge sind in Burkina Faso unregelmäßig, es kommt immer häufiger zu Naturkatastrophen. Weitere zentrale Umweltprobleme sind der übermäßig produzierte Abfall (vor allem die massive Belastung durch Plastikmüll, von dem auch sehr kleine Dörfer flächendeckend überzogen sind), das städtische Abwasser, Baumwoll-Monokulturen, der Bergbau und vor allem Bodenerosion. Mit Blick auf die Armutsminderung ist die größte Herausforderung der Abbau und Verbrauch der natürlichen Ressourcen (Boden, Wasser, Vegetation und Biodiversität). Die nachhaltige Nutzung dieser Ressourcen wird zudem durch zahlreiche wirtschaftliche, politische und soziale Faktoren erschwert. So leben rund eine Million Menschen vom informellen Goldbergbau, der große soziale Probleme und starke Umweltverschmutzung mit sich bringt.

Regionale Integration

Burkina Faso wirkt aktiv an der zunehmenden regionalen Integration mit. Das ist von großer Bedeutung für das Binnenland, das von sechs Nachbarstaaten umgeben ist. Im Fokus stehen wirtschaftliche Integration und regionale Sicherheit.

Burkina Faso ist Mitglied der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) und der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (UEMOA). In der Gruppe G5 Sahel (gegründet im Februar 2014) kooperieren Burkina Faso, Mauretanien, Mali, Niger und Tschad in den Bereichen Sicherheit und (Infrastruktur-)Entwicklung. Der Sicherheitsaspekt steht dabei im Vordergrund.

Frankreich ist nach wie vor der stärkste bilaterale Partner in punkto Sicherheit, doch auch die USA verstärken ihr Engagement in der Region, während die Volksrepublik China vermehrt wirtschaftlichen Einfluss ausübt, der aber auch verstärkt politische Dimensionen annimmt. (Noch bis Ende Mai 2018 erkannte Burkina Faso Taiwan diplomatisch an).

Wirtschaft

Burkina Fasos Volkswirtschaft ist stark von Rohstoffexporten (v.a. Gold und Baumwolle) abhängig und gegenüber externen wirtschaftlichen Entwicklungen oder Klimaveränderungen sehr anfällig.

Die Abhängigkeit von Rohstoffexporten ist eine große Herausforderung für die Wirtschaft des Landes. 2018 standen Importe von 3,53 Milliarden Euro Exporten von 2,71 Milliarden Euro gegenüber.¹³ Knapp über die Hälfte des Exportwertes wird durch Gold erzielt (90 Prozent des Goldes gehen in die Schweiz). Weit dahinter kommen Baumwolle, Sesam und Cashewnüsse sowie Zink.¹⁴

Die Binnenlage, die großen Entfernungen zu den Exportmärkten und die folglich hohen Transportkosten, Energiemangel und das geringe Ausbildungs- und Produktivitätsniveau bremsen die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Es kommt kaum zu Wertschöpfung im Inland im Zuge von Produktveredelung oder –transformation. Mindestens 80 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig. Diese ist stark von Subsistenzwirtschaft geprägt. Die Ernteerträge schwanken aufgrund der schwierigen klimatischen Bedingungen stark. Das Land kämpft regelmäßig mit Ernährungskrisen, die durch die Sicherheitslage noch erschwert werden. Der zunehmend spürbare Klimawandel und die damit einhergehende Wüstenbildung stellen große Herausforderungen dar.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Wirtschaft verzeichnet, insbesondere auf Grund der Rohstoffexporte, ein relativ beständiges Plus von rund sechs Prozent jährlich. Das wirtschaftliche Wachstum kommt allerdings nicht bei den Menschen an. Die Armutquote ging zwischen 2009 und 2014 von 46,7 Prozent auf 40,1 Prozent zurück. (Grundlage ist die nationale Berechnung von Armut: Als arm gilt, wer mit weniger als umgerechnet 64 Eurocent pro Tag leben muss. Kinder werden hierbei nicht miteinberechnet.) In absoluten Zahlen nimmt die Zahl der Armen aufgrund des starken Bevölkerungswachstums kaum ab.

Zur Erreichung der entwicklungspolitischen Ziele ist dauerhafte Ernährungssicherheit zentral. Außerdem muss es gelingen, die nationale Wertschöpfung zu stärken. Das kann nur funktionieren, wenn Produkte im Land hergestellt und weiterverarbeitet werden. Dabei hat das Land noch viel Entwicklungspotenzial. Eine Herausforderung sind die vielen auf den Arbeitsmarkt drängenden Jugendlichen sowie deren niedriges Bildungsniveau. Ebenso herausfordernd sind ein interessantes (jedoch oft schwieriges) Investitionsklima (vor allem im Bergbau) und eine völlig überdimensionierte und ineffiziente staatliche Bürokratie in Verbindung mit Problemen guter Regierungsführung.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit konzentriert ihr Engagement daher unter anderem auf die Entwicklung des Privatsektors. Sie unterstützt insbesondere das produzierende Kleingewerbe im ländlichen Raum bzw. landwirtschaftliche Betriebe. Im Zuge des Subsidiaritätsprinzips forciert die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in diesem Zusammenhang seit langem die Kooperation mit regionalen und lokalen Behörden.

Wirtschaftliche Beziehungen zwischen Burkina Faso und Österreich

Zwischen Burkina Faso und Österreich bestehen nur geringe wirtschaftliche Beziehungen. Laut der Wirtschaftskammer Österreich beliefen sich die österreichischen Exporte (Maschinen und mechanische Geräte, Getränke, Papierwaren...) 2017 auf 2,16 Millionen Euro, die Importe (Früchte, Ölsaaten) auf rund 1,22 Millionen Euro.

Armut

Burkina Faso gehört zu den am wenigsten entwickelten und ärmsten Ländern der Welt. Im Bericht über die menschliche Entwicklung der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2019 rangiert es auf Platz 183 von 189 Ländern.

Die Armut ist je nach Umfeld und Region unterschiedlich ausgeprägt. Im ländlichen Raum ist sie doppelt so hoch wie in den Städten. Der Anteil der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben,

¹³ https://webgate.ec.europa.eu/isdb_results/factsheets/country/details_burkina-faso_en.pdf

¹⁴ Letztverfügbare Zahlen von 2016 unter: <http://wits.worldbank.org/CountrySnapshot/en/BFA/textview>

schwankt je nach Region von weniger als 30 Prozent (Landeszentrum, Cascades) bis zu mehr als 60 Prozent (Norden, Osten). Diese Zahlen entsprechen der nationalen Definition von Armut. 27,3 Prozent aller Kinder Burkina Fasos leiden an chronischer Mangelernährung.¹⁵

Dennoch waren in den letzten zehn bis 20 Jahren bedeutende Fortschritte zu verzeichnen. Positive Entwicklungen gibt es etwa bei der Säuglings- und der Müttersterblichkeit. Auch beim Zugang zu sauberem Trinkwasser und bei der Bekämpfung der Infektions- und Behandlungsrate von HIV/AIDS machen sich Erfolge bemerkbar.

Entwicklungspolitik Burkina Fasos

Der Orientierungsrahmen für alle Entwicklungsprogramme des Landes ist seit September 2016 der Nationale Plan zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung 2016–2020 (PNDES). Das durchaus selbstkritische Dokument stellt schlüssige Diagnosen und kommt zu dem Ergebnis, dass Burkina Faso an der eigenen Staatsverwaltung arbeiten muss. Nur so kann das Land das Ausbildungsniveau und schlussendlich auch die Produktivität des Privatsektors erhöhen. Die Regierung gerät allerdings immer stärker unter Druck: Nach optimistischen Aussagen seitens der Regierung zur internationalen Finanzierung des Plans erwarten sich die Menschen kurzfristig eine deutliche Verbesserung ihrer Lebensumstände. Dies ist allerdings schwer realisierbar.

Für die wirtschaftliche Entwicklung Burkina Fasos gelten gemäß dem PNDES folgende Ziele: Durch die soziale und wirtschaftliche Entwicklung sollen die grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden. Eine Strukturreform der Wirtschaft soll zu nachhaltigem und widerstandsfähigem Wachstum führen. Dieses soll würdige Arbeit und bessere Lebensbedingungen für alle schaffen.

Zusätzlich zum PNDES gibt es zahlreiche Unterstrategien, Programme, Arbeitspläne, etc. sowie Notfallstrategien. Etwa jene für den Sahel (PUS – Plan d'urgence pour le Sahel), die sich mittlerweile auf einen großen Teil des Landes erstreckt. Stärkere Fokussierung auf Resultate anstatt auf Formalismen und Prozesse könnte die Wirkung der zentralen Strategien stärken.

Zusammenarbeit mit Österreich

Die Beziehungen zwischen Österreich und Burkina Faso bestehen seit den 1960er-Jahren. Erster Meilenstein war die Errichtung einer Berufsschule in der Hauptstadt Ouagadougou durch die Österreichische Jungarbeiterbewegung. Sie ist heute eine staatliche technische Schule. Daraus entwickelte sich eine zwischenstaatliche Kooperation im Berufsbildungssektor. Den Rahmen für die heutige Entwicklungszusammenarbeit bildet seit 1991 ein bilaterales Abkommen.

Seit 1998 bestehen darüber hinaus Partnerschaftsabkommen zwischen der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Ouagadougou und der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien. Ein Abkommen zwischen der Université Polytechnique de Bobo-Dioulasso und der Universität Innsbruck gibt es seit 2008. 2012 kam eine Kooperation zwischen der Universität für Bodenkultur und der Universität Ouagadougou dazu. Sie findet im Rahmen des Hochschulkooperationsprogramms APPEAR statt, das die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit finanziert.

Seit Jahrzehnten bestehen außerdem Partnerschaften zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Österreich und Akteuren vor Ort. Diese Form der Kooperation ist kleinteilig, aber beständig und leistet neben der Arbeit der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit einen wertvollen Beitrag zum positiven Image Österreichs als langjähriger Partner.

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

Burkina Faso ist seit 1992 Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Seit 1996 ist Österreich mit einem Auslandsbüro in der Hauptstadt Ouagadougou vertreten. Seit 2004 wird es als Auslandsbüro der Austrian Development Agency, der Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, geführt. Die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Österreich und

¹⁵ data.unicef.org/wp-content/uploads/2018/05/Joint-Malnutrition-Estimates_May_2018.xlsx

Burkina Faso beruht auf einem systematischen und partnerschaftlichen Dialog. Dieser führte 2002 erstmals zur Unterzeichnung eines abgestimmten Indikativen Kooperationsprogramms (PIC).

Im zweiten PIC (2005–2007) vereinbarten Österreich und Burkina Faso entsprechend der Dezentralisierungspolitik des Landes, den thematischen Ansatz durch eine geografische Schwerpunktsetzung zu ergänzen. Im dritten Programm (2008–2018) lag dieser Fokus verstärkt auf der Region Boucle du Mouhoun im Westen des Landes.

In der Landesstrategie 2019–2025 stehen zwei Themen im Fokus:

- Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und Resilienz mit Fokus ländlicher Raum
- Berufsbildung und technisches Unterrichtswesen

Die Zusammenarbeit in den von Burkina Faso favorisierten Schwerpunktsektoren bleibt aufrecht:

- Nachhaltige ländliche Entwicklung, Ernährungssicherheit und Ressourcenmanagement
- Privatsektorentwicklung und Handwerk
- Berufsbildung und technisches Unterrichtswesen

Die regionale Konzentration auf die Region Boucle de Mouhoun soll innerhalb dieser drei Sektoren bis 2025 besonders unterstützt und gefördert werden. Alle Maßnahmen haben die Rechte und die Situation von Frauen und Mädchen besonders zu berücksichtigen. Diese werden außerdem gezielt gefördert.

Viele Partner für Entwicklung

Die Austrian Development Agency, die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, setzt das Kooperationsprogramm mit staatlichen Partnern, nationalen und internationalen zivilgesellschaftlichen Akteuren bzw. internationalen Organisationen sowie privatwirtschaftlichen Akteuren um. Je nach Voraussetzung kommen verschiedene Finanzierungsinstrumente (Kofinanzierung mehrerer Geber, Einzelprojekte, Unterstützung umfassender Programme usw.) zum Einsatz. In allen Schwerpunktbereichen gibt es gemeinsame Finanzierungen mit anderen Gebern. Die Abstimmung mit der Gebergemeinschaft erfolgt regelmäßig.

Das Auslandsbüro der Austrian Development Agency hat ab 2018 die Leitung folgender Bereiche übernommen:

- der Agenden zur Geschlechtergleichstellung im Bereich „Gemeinsame Programmierung und Strategie“ der EU-Mitgliedsstaaten in Burkina Faso
- der nationalen Geberkoordinierung im Bereich Industrie, Handel und Handwerk

Öffentliche Entwicklungshilfeleistungen (ODA) Österreichs

Die gesamten öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs (ODA)¹⁶ an Burkina Faso beliefen sich zwischen 1994 und 2017 auf 95,22 Millionen Euro. Die Leistungen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) beliefen sich im gleichen Zeitraum auf 78,77 Millionen Euro.

ODA Österreichs an Burkina Faso

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
bilaterale ODA für Burkina Faso in Mio. Euro	5,70	5,51	3,67	3,99	4,35	5,08
in % der bilateralen Gesamt-ODA	1,37	1,35	0,76	0,57	0,49	0,95
OEZA/ADA für Burkina Faso in Mio. Euro	4,60	3,73	2,65	3,58	3,84	4,47
OEZA/ADA an Burkina Faso in % der ges. OEZA/ADA-Leistungen (ODA)	6,94	4,40	3,44	4,83	4,87	4,80

Quelle: ADA-Statistik

¹⁶ BMF, BMBWF, BMDW, BMI, BMEIA u. a.; Länder, Städte und Gemeinden

Projektbeispiele

Arbeit und Beschäftigung für Frauen und Jugend

Die Arbeit Österreichs in den Bereichen dezentralisierte und ländliche Entwicklung, Kooperation mit lokalen und regionalen Behörden sowie Berufsbildung ist in Burkina Faso hoch angesehen. Daher beauftragte die Europäische Union die Austrian Development Agency damit, im Rahmen ihres Notfallfonds für den Sahel ein Programm zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen und Jugendliche umzusetzen. Die ADA setzt das Projekt Tuuma (was in der Lokalsprache Mooré „Arbeit“ heißt) in vier Regionen und einer weiteren Provinz um: Cascades, Hauts Bassins, Boucle du Mouhoun, Nord sowie Provinz Soum in der Region Sahel.

Tuuma fördert Initiativen, die die Regionalräte (vergleichbar mit Landtagen) in ihren Entwicklungsplänen festgeschrieben haben, beispielsweise die ökologisch basierte Ausweitung verwertbarer Ackerböden. Vor allem aber werden Kooperativen, Genossenschaften, Firmen, Ausbildungszentren und auch Gemeinden dazu aufgerufen, ihre Projekte einzureichen. Diese werden auf regionaler und dann zentraler Ebene von Bewertungskommissionen, zusammengesetzt aus Beamtinnen und Beamten, Expertinnen und Experten sowie Vertreterinnen und Vertretern der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, auf kompetitiver Basis bewertet. Es handelt sich vor allem um Projekte in Landwirtschaft und Weiterverarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten, die nach positiver Bewertung vom Projekt finanziert werden.

Tuuma soll bis zu 13.000 neue Jobs oder Einkommensverbesserungen schaffen. Eine große Herausforderung dabei ist die Tatsache, dass Tuuma größtenteils in Gebieten umgesetzt wird, in denen aufgrund der sich dramatisch verschlechterten Sicherheitslage der Ausnahmezustand herrscht.

Solarenergie und Berufsbildung

Burkina Faso ist von der Sonne mehr als verwöhnt. Solarenergie hat hier eine große Zukunft. Die Lehrpläne und die Ausrüstung in den technischen Berufsschulen sind jedoch völlig veraltet und gehen auf die technischen Neuerungen der letzten Jahre in keinsten Weise ein. Erneuerbare Energien bzw. Solarenergie werden nicht unterrichtet. Dies entspricht nicht den Bedürfnissen eines wachsenden Marktes.

Gemeinsam und in enger Kooperation mit dem Land Vorarlberg erkannte die Austrian Development Agency, dass es in diesem Bereich viel zu tun gibt. Ergebnis ist ein von der ADA umgesetztes Projekt, das stark auf Know-how aus Vorarlberg baut.

Die Kooperation ist langfristig angelegt, sie soll mindestens neun Jahre laufen. Ziel ist es, den Zugang zu erneuerbarer Energie, insbesondere Solarenergie, in Burkina Faso zu stärken. Dafür verbessert das Projekt die Ausbildungsmöglichkeiten an den Schulen, etwa durch neue Lehrpläne, Infrastruktur und Gerätschaften sowie Aus- und Fortbildung von Lehrenden. Auch die direkte Einbeziehung des Privatsektors in die Lehrplanentwicklung oder das Anbieten von modularer Fortbildung für Berufstätige stehen im Zentrum der Aktivitäten. Schulen und Firmen sollen sich näherkommen.

Das Projekt kommt derzeit ungefähr 5.800 Menschen direkt zugute. Es soll zeigen, dass innovative und angepasste Lösungen mit vergleichsweise kleineren Budgets große Wirkung zeigen können.

Projektpartner:
Regionalräte der betroffenen Regionen
Laufzeit:
01/2018-06/2021
ADA-Beitrag:
2 Mio. Euro
EU-Beitrag:
8 Mio. Euro

Projektpartner:
Bildungsministerium
Burkina Faso,
Partnerschulen,
Privatsektor
Laufzeit:
10/2018–12/2021
ADA-Beitrag:
150.000 Euro
Land Vorarlberg:
1,35 Mio. Euro

Frauenrechte in Krisengebieten

Die katastrophale Sicherheitslage im Norden und Osten des Landes wirkt sich verheerend auf das Leben der ansässigen Bevölkerung aus. Frauen und Kinder sind am meisten betroffen. Deshalb unterstützt Österreich UNICEF dabei, gezielt mit Frauen und Jugendlichen zu arbeiten. Ziele sind, Gewalt in der Ehe, Kinderheirat, weibliche Genitalverstümmelung und Kinderarbeit zurückzudrängen. Wichtig ist auch, dass Mädchen ihre Schulausbildung abschließen. Dies kann unter anderem über verbessertes Wissen zum Thema Menstruation erreicht werden. Neu errichtete Schultoiletten und Hygieneaufklärung gehören ebenso zu den Projektmaßnahmen. Über 40.000 Menschen profitieren direkt von den Aktivitäten.

Aufgrund der sich rasant verschlechternden Situation hat UNICEF das Projekt um humanitäre Aspekte zur Betreuung von Binnenvertriebenen und der lokalen Bevölkerung erweitert. Österreich hat seinen finanziellen Beitrag mittels des Auslandskatastrophenfonds mehr als verdoppelt. Im Zuge der Krise erfasst UNICEF fast eine Million Menschen als Zielgruppe, wobei immer mehr Binnenvertriebene hinzukommen. Von der österreichischen Unterstützung profitieren direkt mindestens 44.000 Menschen, indirekt rund 80.000.

Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderungen brauchen oft Unterstützung. Am besten von Helferinnen und Helfern, die ins Haus kommen, individuelle Förderprogramme erstellen und den Angehörigen zeigen, wie sie beim Erlernen wichtiger Fertigkeiten helfen können. Genau das machte das gemeindenahe Rehabilitationsprogramm möglich.

Mindestens 60 Prozent der betreuten Personen waren Kinder unter 15 Jahren. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf Früherkennung und Frühförderung. Oberstes Ziel war, Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilnahme an Entwicklungsprozessen zu ermöglichen. Ganz wichtig war, dass sie etwa in die Schule gehen können oder die nötige medizinische Grundversorgung und Rehabilitation bekommen.

Aufklärungsarbeit und Kampagnen zur Bewusstseinsbildung trugen dazu bei, Behinderungen zu vermeiden und die Bevölkerung für die Thematik zu sensibilisieren. Organisationsstrukturen für Rehabilitation wurden aufgebaut. Aus- und Weiterbildungen eröffneten Menschen mit Behinderung neue Perspektiven. Insgesamt erhielten 197.000 Personen augenmedizinische Behandlungen, davon 18.100 chirurgische Eingriffe. Pro Jahr erhielten zwischen 5.300 und 15.500 Kinder mit oder ohne Behinderung und Jugendliche inklusive Erziehung bzw. Ausbildungsmaßnahmen.

Darüber hinaus wurde die Koordination zwischen Behindertenorganisationen und Netzwerken gefördert und das Thema auf verschiedensten politischen Ebenen eingebracht. Die Systematisierung und Dokumentation der Erfahrungen schufen die Grundlage dafür, dass erfolgreiche Initiativen auch in anderen Entwicklungsländern umgesetzt werden können.

Projektpartner:

United Nations
Children Fund -
UNICEF

Laufzeit:

12 /2018–06/2020
04/2019–03/2020

ADA-Beitrag:

1,25 Mio. Euro

Aufstockung

durch Auslands-
katastrophenfonds:

1,4 Mio. Euro

Projektpartner:

Licht für die Welt

Lokaler Projekt-
partner:

OCADES

Laufzeit:

01/2015–12/2017

ADA-Beitrag:

rd. 1,4 Mio. Euro

Service

Österreichische Botschaft Dakar

18, rue Emile Zola, Dakar
Postanschrift: B.P. 3247, Dakar, Senegal
Tel.: (+221) 33 849 400 0
Fax: (+221) 33 849 43 70
E-Mail: dakar-ob@bmeia.gv.at
www.aussenministerium.at/dakar

Koordinationsbüro der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit

131, rue Weem Doogo
Secteur 12, quartier Zogona
Postanschrift:
01 B.P. 106, Ouagadougou 01, Burkina Faso
Tel.: +226 25 36 07 49
E-Mail: ouagadougou@ada.gv.at

Österr. AußenwirtschaftsCenter

45, Avenue Hassan II, 20000 Casablanca
Postanschrift:
B.P. 13822, 20001 Casablanca, Marokko
Tel.: +212 522 22 32 82
Fax: +212 522 22 10 83
E-Mail: casablanca@wko.at
www.wko.at/aussenwirtschaft/ma

Botschaft von Burkina Faso

Strohgasse 14c, 1030 Wien, Österreich
Tel: +43 (0)1 503 82 64
Fax: +43 (0)1 503 82 64-20
E-Mail: s.r@abfvienne.at
www.abfvienne.at

Honorargeneralkonsulat von Burkina Faso in Österreich

Mittelgasse 16, PF 19
1062 Wien, Österreich
Tel.: +43 (0)1 597 97 35
Fax: +43 (0)1 597 83 01 889
E-Mail: konsulat-burkinafaso@oejab.at

Links

- Offizielle Homepage der Regierung von Burkina Faso: www.gouvernement.gov.bf
- Human Development Report Burkina Faso <http://hdr.undp.org/en/countries/profiles/BFA>
- Europäische Union – Delegation in Burkina Faso http://eeas.europa.eu/delegations/burkina_faso/index_fr.htm
- Weltbank/Burkina Faso: <http://www.worldbank.org/bf>
- Projekt Tuuma: <http://tuuma.org/>

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

- <http://www.entwicklung.at/laender/westafrika/burkina-faso/>